

Modifizierte Übernahme PB.Z-01-294 (Abstimmung PB.Z-01-309)



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Antragskommission
Beschlussdatum: 10.06.2021
Tagesordnungspunkt: TA Technische Anträge (zur Darstellung von Abstimmungen auf der BDK-Plattform)

Antragstext

1 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen, jeder Anschein käuflicher Politik richtet
2 Schaden an. Wir wollen das Vertrauen in demokratische Institutionen und Mandatsträger*innen
3 stärken und das Primat der Politik gegenüber intransparenter Einflussnahme schützen. Wir
4 sind überzeugt: transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das Gemeinwohl. Deshalb
5 wollen wir Lobbyismus transparenter und den Einfluss organisierter Interessensgruppen und
6 von Lobbyist*innen sichtbar machen. Das Lobbyregister wollen wir für Bundesregierung und
7 Bundestag nachschärfen und die vielen Ausnahmen für maßgebliche Akteur*innen abschaffen .
8 Mit dem legislativen Fußabdruck schaffen wir Klarheit, wer bei der Entstehung von Gesetzen
9 Einfluss nimmt . Interessenskonflikte wollen wir stärker in den Blick nehmen und den Wechsel
10 aus Regierungsämtern in die Wirtschaft während einer Karenzzeit von zwei Jahren prüfen
11 lassen. Für Abgeordnete ist das freie Mandat der Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. In Zukunft
12 werden Einkünfte aus Nebentätigkeiten auf Euro und Cent veröffentlicht, für
13 Unternehmensbeteiligungen und Aktienoptionen gibt es striktere Regeln und Spenden an
14 Abgeordnete und die Lobbytätigkeit für Abgeordnete werden verboten. Die Anwendung dieser
15 Maßnahmen soll evaluiert werden . Für Nebenverdienste von Abgeordneten wollen wir zudem
16 eine
17 verpflichtende Angabe der Branche. Unabhängige Kontrolle stärkt die Transparenz und
18 Integrität.
19 Zur wirkungsvollen Bekämpfung von Korruptionsfällen braucht es eine Neufassung des
20 Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung und eine Überarbeitung der
21 Beweisanforderungen
22 . Spenden an Parteien müssen transparenter gemacht werden. Deshalb wollen wir striktere
23 Veröffentlichungsregeln. Parteispenden sollen auf natürliche Personen beschränkt und auf
24 einen jährlichen Höchstbetrag gedeckelt werden. Schon ab 5.000 Euro sollen Spenden im
25 Rechenschaftsbericht genannt werden, ab 25.000 Euro soll die Pflicht zur sofortigen
26 Veröffentlichung greifen. Solange es keine gesetzliche Regelung gibt, wenden wir die über
27 das Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen unseres Spendenkodex an . Für das
28 Parteiensponsoring wollen wir endlich eine gesetzliche Regelung und eine Veröffentlichung ab
29 dem ersten Euro und eine jährliche Höchstgrenze von 100.000 Euro einführen. Das
30 Parteiengesetz und die unabhängige Kontrolle werden wir stärken, damit verdeckte
31 Wahlkampffinanzierung besser bekämpft werden kann.